

Wochendienst

Auswahl aus den Mitteilungen der vergangenen Woche
Alle Ausgaben des Wochendienstes finden Sie im Internet unter:
www.hamburg.de/wochendienst

Nr. 24

vom 21. Juni 2013
Redaktion: Katja Richardt

Arbeit, Soziales, Familie und Integration

Gemeinsam für geprüfte Qualität in Hamburger Kitas	3
Ideen für Eingliederungsmanagement gesucht	5

Gesundheit und Verbraucherschutz

Sommer und Sonne risikofrei genießen	6
Ältere Menschen gestalten Hamburg aktiv mit	8

Schule, Jugend und Berufsbildung

Erstmals Abitur an 12 Stadtteilschulen	10
--	----

Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen

1.000 neue geförderte Wohnungen für Hamburg	13
---	----

Wissenschaft und Forschung

Neues Forschungsgebäude des Center for Free-Electron Laser Science (CFEL) eingeweiht	14
Reform des Hochschulgesetzes	17

Verkehr

Vorfahrt für Hamburg – via Bus	21
--------------------------------	----

Gleichstellung

Senat beschließt gesetzliche Frauenquote für Hamburger Gremien	23
--	----

Haushalt und Finanzen

Garantierhöhung für die HSH Nordbank – Hamburg und Kiel begrüßen EU-Entscheidung	25
--	----

Kultur

Erfolgreiche Kooperationen zwischen Hamburg und Kopenhagen im kulturellen Bereich	26
Erste Vergabe von Fördermitteln aus dem Elbkulturfonds 2013	27
St. Pauli Theater erhält Pegasus Preis 2013	29

Internationale Bauausstellung

Stadt neu bauen – Die Metropole von morgen

30

Veröffentlichung: Schriftenreihe Band 7 METROPOLE: STADT NEU BAUEN

32

Zur Information

Terminkalender

34

17. Juni 2013/basfi17

Pressemitteilung

Gemeinsam für geprüfte Qualität in Hamburger Kitas

Evaluation der Einrichtungen von Ende 2014 bis Ende 2018

Ein breites Bündnis hat sich auf eine Weiterentwicklung des als „Kita-TÜV“ geplanten Verfahrens verständigt: Die Kita-Träger und -Verbände, der Landeselternausschuss Kindertagesbetreuung (LEA) sowie die Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration (BASFI) wollen die Qualität aller Hamburger Kindertageseinrichtungen künftig regelmäßig unabhängig begutachten lassen. Diese externe Evaluation soll Ende 2014 starten – die Eckpunkte dafür wurden in einem gemeinsamen Papier festgeschrieben und heute auf einer Pressekonferenz vorgestellt. Auch verständigte man sich auf eine wissenschaftliche Begleitung des Evaluationsprozesses.

Alle Verantwortlichen im Kita-Bereich sind sich einig, dass diese Vereinbarung die bereits eingeführten Verfahren zur Qualitätsentwicklung und -sicherung in den Kindertageseinrichtungen sinnvoll ergänzt. Zentrale Ziele der externen Begutachtung sind die fachlich fundierte Einschätzung der bisher erreichten Qualität sowie die Identifikation von Entwicklungsbedarfen in den Kitas. Sofern im Rahmen der Prüfung gravierende Mängel auftreten, werden die zuständigen Stellen der BASFI einbezogen. Ziel ist, mit den neugewonnenen Informationen passgenaue Empfehlungen zu geben, um die Qualität zu verbessern.

Sozialsenator Detlef Scheele betont, die zurückliegende Diskussion sei von allen Beteiligten sehr konsensual und zielgerichtet geführt worden: „Der quantitative Ausbau der Kindertagesbetreuung in Hamburg, den wir gemeinsam mit den Trägern und Verbänden in den letzten Jahren sehr konsequent und erfolgreich umgesetzt haben, muss einhergehen mit der Sicherung und Weiterentwicklung der Qualität Hamburger Kitas. Bei dieser externen Evaluation geht es nicht nur um ein System der Kontrolle, sondern darum, dass sich alle Akteure der Kindertagesbetreuung der gemeinsamen Verantwortung für die Qualitätsentwicklung und -sicherung in Kitas stellen.“

„Der Landeselternausschuss setzt sich seit Langem dafür ein, dass die Eltern bei der Qualitätsentwicklung von Kindertagesbetreuung stärker beteiligt werden – und zwar, bevor es zu Beschwerden kommt“, sagt **Björn Staschen**, Vorstandsmitglied des LEA. „Wir möchten, dass die Qualität der Kindertageseinrichtung für die Eltern transparent ist.“

Gabi Brasch, Vorsitzende des Fachausschusses „Kinder- und Jugendhilfe“ in der Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (AGFW), weist darauf hin, dass alle Kita-Träger und Verbände durch die eigenen internen Qualitätsentwicklungsprozesse und -verfahren schon lange konkret Maßnahmen zur Qualitätsentwicklung umsetzen. Und **Dr. Franziska Larrá**, Geschäftsführerin der Elbkinder – Vereinigung Hamburger Kindertageseinrichtungen, betont: „Wenn der fachliche Blick unabhängiger Experten nun ergänzend hinzukommt, können wir alle nur davon profitieren – insbesondere die Kinder“.

Hintergrundinformationen

Die Hamburger Kita-Verbände und -Träger, der Landeselternausschuss Kindertagesbetreuung (LEA) sowie die Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration (BASFI) haben Eckpunkte erarbeitet, welche Ziele und Aufgaben sowie die Anforderungen an die Verfahren einer externen Evaluation der Qualität von Kitas beschreiben. Auf dieser Grundlage sollen nach den derzeitigen Planungen der BASFI von Ende 2014 bis Ende 2018 die über 1.000 mit öffentlichen Mitteln geförderten Hamburger Kitas durch fachlich geeignete Verfahren extern evaluiert werden. Ein von der BASFI rechtlich und organisatorisch unabhängiges Institut soll damit beauftragt werden, die Akkreditierung externer Evaluationsverfahren vorzunehmen und den Prüfungsprozess wissenschaftlich zu begleiten.

Die „Eckpunkte für die Durchführung der externen Evaluation der Qualität in Hamburger Kindertageseinrichtungen“ finden sich auf www.hamburg.de/kita

Für Rückfragen der Medien:

Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration
Hamburger Straße 47 | 22083 Hamburg
Pressestelle | Olaf Dittmann
T +49 40 428 63 - 2889 | F +49 40 428 63 - 3849
pressestelle@basfi.hamburg.de | www.hamburg.de/basfi

18. Juni 2013/basfi18

Ideen für Eingliederungsmanagement gesucht

10.000 Euro für Betriebe, die schwerbehinderte Menschen unterstützen

Das Integrationsamt Hamburg zahlt 10.000 Euro Prämie an drei Hamburger Betriebe, die mit besonderen Ideen das gesetzliche Eingliederungsmanagement umsetzen. Die Belange schwerbehinderter Menschen müssen dabei besondere Berücksichtigung finden.

Immer mehr Arbeitgeber erkennen die Vorteile und den Nutzen des Betrieblichen Eingliederungsmanagements. Sie kümmern sich um die betreffenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und werden präventiv tätig. Damit beugen sie erneuter Arbeitsunfähigkeit und auch der Entstehung von Behinderungen vor, sie fördern das Miteinander von behinderten und nicht behinderten Beschäftigten und leisten einen wichtigen Beitrag zur Inklusion. „Das lohnt sich für alle Beteiligten, denn bewährte Mitarbeiter möchte man halten, guter Nachwuchs ist gesucht und qualifizierte Fachkräfte sind schwer zu finden“, sagt **Sozialsenator Detlef Scheele**. „Gerade angesichts des demographischen Wandels gewinnen die Themen Gesundheit und Prävention eine immer stärkere Bedeutung für die Beschäftigten selbst, aber auch für die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen.“

Unternehmen, Betriebe und Verwaltungen, die dies erkennen und ein Betriebliches Eingliederungsmanagement eingeführt haben, können jetzt vom Integrationsamt mit einer Prämie gefördert werden. Das Engagement der Unternehmen und ihr Attraktivität als vorausschauender Arbeitgeber werden damit öffentlich anerkannt. Die Preisverleihung durch den Hamburger Senat wird im Rahmen einer Feierstunde im Rathaus am 26. August dieses Jahres stattfinden. Interessierte Unternehmen können ihre Bewerbung bis zum 28. Juni 2013 an folgende Adresse richten: Integrationsamt Hamburg, Hamburger Straße 47, 22083 Hamburg, integrationsamt@basfi.hamburg.de. Mehr Infos unter www.hamburg.de/integrationsamt

Hintergrundinformation:

Seit 2004 sind Arbeitgeber gesetzlich verpflichtet, allen Beschäftigten ein Betriebliches Eingliederungsmanagement (BEM gem. § 84 Abs. 2 Sozialgesetzbuch IX) anzubieten, wenn diese innerhalb der letzten zwölf Monate insgesamt länger als 6 Wochen arbeitsunfähig waren. Dabei spielt es keine Rolle, ob es sich um längere Erkrankung oder um mehrere kürzere Erkrankungen handelt.

Für Rückfragen der Medien:

Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration
Hamburger Straße 47 | 22083 Hamburg
Pressestelle | Olaf Dittmann
T +49 40 428 63 - 2889 | F +49 40 428 63 - 3849
pressestelle@basfi.hamburg.de | www.hamburg.de/basfi

17. Juni 2013/bgv17

Sommer und Sonne risikofrei genießen **Empfehlungen zum vorbeugenden Gesundheitsschutz**

Der Deutsche Wetterdienst rechnet in den kommenden Tagen mit steigenden Temperaturen. Damit dürfen die Hamburgerinnen und Hamburger schon kurz vor dem Beginn der Schulferien auf reichlich Sonne hoffen. Bei aller Freude darüber sollten aber einige Regeln zum Schutz vor Hitze und UV-Strahlen beachtet werden. Mit dem richtigen Schutz lässt sich das schöne Wetter, egal ob vor Ort oder auf Reisen, besser genießen. Denn Überhitzung oder ein zu langer Aufenthalt in der Sonne können auch Gesundheitsschäden nach sich ziehen.

Mit dem sommerlichen Wetter zieht es viele in die Parks, an den Elbstrand oder in die Beachclubs. Zudem arbeiten viele Menschen im Freien. Ob in der Freizeit oder berufsbedingt, der Aufenthalt in der Sonne birgt auch Gefahren, insbesondere für Haut und Kreislauf. Während gesunde Erwachsene auch bei längeren Hitzeperioden durch ausreichende Flüssigkeits- und Nahrungsaufnahme Beeinträchtigungen vermeiden können, bestehen insbesondere für ältere und kranke Menschen sowie für Kinder besondere gesundheitliche Gefahren. Meist reicht es jedoch aus, einige einfache Regeln zu beachten und das Verhalten den Temperaturen anzupassen. Auch gesundheitliche Risiken durch UV-Strahlung, wie z.B. ein Sonnenbrand, sind recht einfach zu minimieren.

- Setzen Sie sich nicht ungeschützt der Hitze aus. Besonders zwischen 11 und 15 Uhr sollten Sie es möglichst vermeiden, sich längere Zeit ungeschützt im Freien aufzuhalten.
- Nutzen Sie Sonnenschutzmittel. Der Lichtschutzfaktor gibt an, wie stark welches Produkt vor UV-Strahlen schützt. Empfehlenswert ist eine wasserfeste Sonnencreme, die dem Hauttyp entspricht. Regelmäßiges Nachcremen nicht vergessen.
- Kinderhaut reagiert besonders empfindlich auf Sonnenstrahlen und braucht deshalb besonders guten Schutz. Setzen Sie Kinder nicht lange der Sonne aus und schützen Sie sie durch Sonnenschutzcreme mit hohem Lichtschutzfaktor. Säuglinge und Kleinkinder sollten der direkten Sonne möglichst gar nicht ausgesetzt werden.
- Lassen Sie bei höheren Temperaturen niemals Kinder, ältere Menschen oder Haustiere alleine im Auto zurück. Bereits innerhalb kurzer Zeit, z.B. während eines Einkaufs, kann die Temperatur im Fahrzeug zur gefährlichen Falle für die Wartenden werden.
- Ein sehr guter Schutz vor Sonnenstrahlen ist angepasste Kleidung. Lange Ärmel und Hosenbeine, Sonnenhüte und Sonnenbrillen verhindern effektiv, dass gefährliche UV-Strahlen die Haut erreichen. Helle Farben sind besonders von Vorteil.

Diese und weitere Informationen hat die Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz (BGV) in verschiedenen Merkblättern zusammengefasst. Die Hinweise richten sich auch an Personen, die sich um einen Kranken oder pflegebedürftigen Menschen kümmern und an Menschen mit kleinen Kindern. Zu finden sind diese Informationen unter <http://www.hamburg.de/gesundheitsfoerderung>.

Unter dem Motto „Sonnenschutz – Sonnenklar“ wird zudem bundesweit speziell am Tag des Sonnenschutzes, dem 21. Juni, auf die Gefahren durch die Sonneneinwirkung aufmerksam gemacht. Weitere Informationen dazu stehen unter <http://www.sonnenschutz-sonnenklar.info> zur Verfügung.

Tagesaktuelle Informationen, ob und wann in Hamburg große Hitze zu erwarten ist, werden vom Deutschen Wetterdienst ausgegeben und sind online unter www.dwd.de zu finden.

Rückfragen der Medien:

Pressestelle der Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz

Rico Schmidt; Tel.: 428 37-2332

E-Mail: pressestelle@bgv.hamburg.de; Internet: www.hamburg.de/bgv

21. Juni 2013/bgv21

Ältere Menschen gestalten Hamburg aktiv mit Senatorin Prüfer-Storcks begrüßt Mitglieder anlässlich der konstituierenden Sitzung des neuen Landes-Seniorenbeirates

Das Seniorenmitwirkungsgesetz bietet Hamburger Seniorinnen und Senioren einen modernen Rahmen, um die Stadt aktiv mitzugestalten. Dieser Rahmen wurde nun mit Leben gefüllt: Gesundheitssenatorin Cornelia Prüfer-Storcks begrüßte heute die 15 Mitglieder des neugebildeten Landes-Seniorenbeirats zu ihrer konstituierenden Sitzung. Dem neuen Landes-Seniorenbeirat gehören sieben Frauen und acht Männer an, darunter eine Frau und ein Mann mit Migrationshintergrund.

„Ältere Menschen haben vielfältige Erfahrungen. Durch das Seniorenmitwirkungsgesetz können sie diese aktiv einbringen und die Stadt in ihrem Sinne generationengerecht mitgestalten“, so **Gesundheitssenatorin Cornelia Prüfer-Storcks**. „Die heutige erste Sitzung des Landes-Seniorenbeirates zeigt, dass viele ältere Hamburgerinnen und Hamburger diese Chance nutzen wollen. Ich wünsche allem Mitgliedern dabei viel Erfolg und freue mich auf eine konstruktive Zusammenarbeit.“

Die Möglichkeiten der Seniorenvertretungen, die Hamburger Politik mitzugestalten, sind vielfältig. Der Landes-Seniorenbeirat fördert aktiv die Teilhabe und Mitwirkung der Seniorinnen und Senioren und vertritt die Interessen der älteren Generation in der Öffentlichkeit und bei der Verwaltung. Die Seniorenvertretungen stehen in erster Linie für die Interessen der Generation 60+ gegenüber den Bezirksämtern und den Behörden der Stadt ein. Die Ausschüsse der Bezirksversammlungen können die Seniorenbeiräte als sachkundige Personen hinzuziehen. Zudem können die Seniorenvertretungen eigene Projekte entwickeln. Der Landes-Seniorenbeirat berät die zuständigen Fachbehörden und Senatsämter und unterrichtet den Senat regelmäßig über seine Tätigkeit.

Darüber hinaus sind alle Behörden verpflichtet, die aktive Beteiligung der Seniorinnen und Senioren am sozialen, gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben zu fördern. In ihrer Arbeit werden die Beiräte durch die Bezirksämter und die Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz unterstützt.

Für den Hintergrund:

Die Mitglieder des Landes-Seniorenbeirats sind von Hamburger Seniorinnen und Senioren gewählt bzw. auf Vorschlag des Hamburger Integrationsbeirats berufen worden. Insgesamt wurden den Bezirksämtern 514 Delegierte gemeldet. 424 Seniorinnen und Senioren wurden über ihre jeweiligen Organisationen für die Delegiertenversammlung benannt. Die Seniorenvertretungen wurden aber auch für nicht organisierte Hamburgerinnen und Hamburger geöffnet. 90 Seniorinnen und Senioren nutzten diese neue Möglichkeit der Unterstützerlisten.

Die Delegierten haben dann elf Mitglieder für ihren Bezirks-Seniorenbeirat gewählt. Dieser hatte die Möglichkeit bis zu acht weitere Seniorinnen und Senioren vorzuschlagen, die vom Bezirksamt berufen wurden. Jeder Bezirks-Seniorenbeirat hat ferner ein Mitglied in den Landes-Seniorenbeirat delegiert. Zwei Mitglieder des Landes-Seniorenbeirats mit Migrationshintergrund wurden zudem auf Vorschlag des Integrationsbeirats berufen. Diese neun Mitglieder haben sechs weitere Seniorinnen und Senioren in den Landes-Seniorenbeirat gewählt. Dadurch wurde sichergestellt, dass alle Seniorenbeiräte die gesetzlichen Anforderungen an ihre Zusammensetzung erfüllen.

Die 15 Mitglieder des neuen Landes-Seniorenbeirats sind:

Angelika Beier, Fatma Celik, Jürgen Fehrmann, Hermine Hecker, Friedrich-Wilhelm Jacobs, Klaus Kollien, Helmut Krumm, Hans-Jürgen Leiste, Dieter Mahel, Karin Rogalski-Beeck, Brita Schmidt-Tiedemann, Karin Schulz-Torge, Dr. med. Birgit Wulff, Hüseyin Yilmaz und Egon Zarnowka.

Weitere Informationen zum Hamburgischen Seniorenmitwirkungsgesetz stehen im Internet unter <http://www.hamburg.de/senioren> zur Verfügung.

Rückfragen der Medien:

Pressestelle der Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz
Rico Schmidt; Tel.: 040/ 428 37-2332
E-Mail: pressestelle@bgv.hamburg.de; Internet: www.hamburg.de/bgv

19. Juni 2013/bsb19

Erstmals Abitur an 12 Stadtteilschulen

427 Schülerinnen und Schüler haben an neuen Oberstufen Abitur abgelegt

Am Ende des Schuljahrs 2012/13 haben zwölf Stadtteilschulen erstmals Schülerinnen und Schüler zum Abitur geführt. Schulsenator Ties Rabe: „Ich freue mich sehr darüber, dass der Ausbau der Oberstufen an den Stadtteilschulen zügig vorangeht. Durch den Einsatz von Lehrkräften aller Schulformen gelingt es in der Stadtteilschule, gute Pädagogik und hohe Leistung zusammenzuführen. Die Stadtteilschule führt auf diese Weise viele Schülerinnen und Schüler zu Spitzenleistungen und gewinnt dadurch zusätzliche Akzeptanz. 427 Schülerinnen und Schüler konnten am Ende des laufenden Schuljahrs erstmals an ihrer Schule das Abitur ablegen.“ Um den Schulen für ihre erfolgreiche Arbeit zu danken, hat Senator Rabe in der letzten Woche fast alle Abiturfeiern der Schulen, in denen erstmals eine Abiturfeier stattfand, besucht.

Rund 50.600 Schülerinnen und Schüler lernen im Schuljahr 2012/13 an den 57 Hamburger Stadtteilschulen. 27 dieser Stadtteilschulen hatten bereits im Schuljahr 2010/11 eine eigene Oberstufe und eigene Abiturienten. Im Schuljahr 2011/12 wurde auch an der Stadtteilschule Lohbrügge erstmals das Abitur abgelegt. In diesem Schuljahr 2012/13 kamen gleich zwölf weitere Schulen hinzu:

- Stadtteilschule Am Hafen, Neustadt (17 Abiturientinnen und Abiturienten)
- Stadtteilschule Bahrenfeld (27)
- Stadtteilschule Bergstedt (67)
- Stadtteilschule Bramfeld (11)
- Stadtteilschule Eidelstedt (51)
- Stadtteilschule Fischbek-Falkenberg, Neugraben-Fischbek (51)
- Stadtteilschule Niendorf (53)
- Stadtteilschule Öjendorf (9)
- Stadtteilschule Poppenbüttel (50)
- Stadtteilschule Richard-Linde-Weg, Lohbrügge (12)
- Stadtteilschule Süderelbe, Neugraben-Fischbek (31)
- Stadtteilschule Winterhude (48)

An diesen zwölf Stadtteilschulen waren 2010/11 ursprünglich 609 Schülerinnen und Schüler in die neu gegründeten Oberstufen aufgenommen worden, 427 haben jetzt erfolgreich die Abiturprüfungen abgelegt (70,1 Prozent). Die verbleibenden Schüler haben entweder die Schule gewechselt, den schulischen Teil der Fachhochschulreife abgeschlossen, die Klassenstufe wiederholt oder haben eine Ausbildung begonnen.

Im kommenden Schuljahr werden zusätzlich an der Stadtteilschule Lurup, der Geschwister-Scholl-Stadtteilschule (Lurup), der Stadtteilschule Altrahlstedt und der Stadtteilschule Oldenfelde erstmals Schülerinnen und Schüler zum Abitur geführt.

Durchschnittlich hatten weniger als ein Drittel der Abiturientinnen und Abiturienten an den neuen zwölf Oberstufen nach der vierten Klasse eine Empfehlung für das Gymnasium bekommen. Wie wenig verlässlich eine solche Empfehlung ist, zeigen die jetzt erlangten Abiturzeugnisse. So hatte einer der besten Abiturienten mit einem Abiturnotendurchschnitt von 1,0 am Ende der vierten Klasse keine Gymnasialempfehlung bekommen. Ein weiterer Abiturient mit einem durchschnittlichen Abitur hatte nach der vierten Klasse sogar eine Empfehlung für den Besuch einer Sonderschule bekommen. Senator Ties Rabe: „Schul- und Bildungswege sind sehr schwer vorherzusehen. Manche sind Frühstarter und geraten dann ins Straucheln. Andere wachen erst sehr spät auf. Und wieder andere entfalten ihre Fähigkeiten nur unter behutsamer pädagogischer Anleitung. Deshalb brauchen wir eine Schulform, die auf solche Bildungswege die richtigen Antworten gibt: Die Stadtteilschule bietet mit ihrer Orientierung auf gute Pädagogik und gute schulische Leistung die richtige Antwort. Sie bietet vielen Kindern und damit auch unserer Stadt neue Chancen.“

Viele Stadtteilschulen stärken ihre Oberstufen durch die Zusammenarbeit mit benachbarten Schulen, beispielsweise mit benachbarten Stadtteilschulen, aber auch mit Gymnasien oder beruflichen Gymnasien. So führt die Stadtteilschule Richard-Linde-Weg in Lohbrügge zusammen mit dem benachbarten Gymnasium Bornbrook ihre Schülerinnen und Schüler zum Abitur, ähnlich verfahren die Stadtteilschule Öjendorf und das Kurt-Körper-Gymnasium in Billstedt sowie die Stadtteilschule und das Gymnasium Finkenwerder. Die Stadtteilschule Am Hafen (Neustadt) kooperiert in der Oberstufe dagegen mit dem Wirtschaftsgymnasium St. Pauli (Staatliche Handelsschule). Vier Bergedorfer Stadtteilschulen haben sogar einen gemeinsamen Oberstufenverbund gegründet und stimmen ihre jeweiligen Oberstufenangebote sorgfältig aufeinander ab. Senator Rabe: „Ich begrüße ausdrücklich solche Kooperationen zwischen den Schulen. Kooperationen erweitern die Möglichkeiten der Schülerinnen und Schüler und geben den einzelnen Schulen zugleich neue Impulse.“

Senator Rabe weiter: „Der Ausbau der Oberstufen ist einer von mehreren Bausteinen, mit denen wir die Stadtteilschulen stärken. Weitere Bausteine sind zusätzliche Ganztagsangebote, zusätzliche Pädagoginnen und Pädagogen, die Entwicklung pädagogischer Konzepte, ein Unterstützungsprogramm für Stadtteilschulen in schwieriger Lage sowie die Weiterentwicklung der Berufs- und Studienorientierung als besonders attraktives Angebot der Stadtteilschule.“

Weitere Daten zum Abitur 2013 (Stadtteilschulen, Gymnasien, Berufliche Gymnasien und Erwachsenenbildung):

- Die **Abiturdurchschnittsnote** beträgt für die staatlichen und nichtstaatlichen Schulen in Hamburg insgesamt 2,5 (Vorjahr: 2,5). Die durchschnittliche Abiturnote liegt in diesem Jahr an Stadtteilschulen bei 2,6 (Vorjahr 2,6), an Gymnasien bei 2,3 (Vorjahr 2,4) und an Beruflichen Gymnasien 2,7 (Vorjahr 2,7).
- Von den 8.825 Schülerinnen und Schülern der gymnasialen Oberstufe (einschl. nicht staatlicher Schulen), die zur schriftlichen Prüfung angetreten sind, haben **8.548 Schülerinnen und Schüler (= 96,8 %) das Abitur erworben** (Vorjahr 8.206, 95,8%). Davon waren 7.970 Schülerinnen und Schüler an staatlichen und 578 Schülerinnen und Schüler an nicht staatlichen Schulen. (Vorjahr 7.699 bzw. 512).

- Davon haben 2.616 Schülerinnen und Schüler an Stadtteilschulen (Vorjahr 1.905), 5.128 an Gymnasien (Vorjahr 5.041), 633 an Beruflichen Gymnasien (657) sowie 171 an anderen Schulen (Abend-, Aufbaugymnasium, Hansakolleg, Doppeltqualifizierender Bildungsgang) die Prüfungen bestanden (608).
- 109 Schülerinnen und Schüler an 60 Schulen haben mit der **Traumnote 1,0** abgeschlossen (Vorjahr: 111). Die größte Zahl von 1,0er-Abiturienten hat in diesem Schuljahr das Helene-Lange-Gymnasium in Eimsbüttel (9).
- Die **größte Anzahl von Abiturienten** gibt es in diesem Schuljahr am Carl-von-Ossietzky-Gymnasium, Poppenbüttel (147, für die Gymnasien), an der Goethe-Schule Harburg und an der Otto-Hahn-Schule, Jenfeld (jeweils 148 für die Stadtteilschulen).

(Vorläufige Daten der Abiturerhebung der Schulbehörde, Stand: 18.6.2013. Nicht berücksichtigt werden konnten die Daten der Stadtteilschule Bramfeld und der Rudolf-Steiner-Schule Bergedorf, da diese nicht vorlagen.)

Für Rückfragen der Medien:

Behörde für Schule und Berufsbildung

Peter Albrecht, Pressesprecher

Tel: (040) 428 63 – 2003

E-Mail: peter.albrecht@bsb.hamburg.de

Internet: www.hamburg.de/bsb

18. Juni 2013/bsu18

1.000 neue geförderte Wohnungen für Hamburg

SAGA GWG investiert kräftig in Neubau bezahlbarer Wohnungen

Hamburgs großes städtisches Wohnungsbaunternehmen SAGA GWG hat heute seinen Geschäftsbericht 2012 vorgestellt und für 2013 1.000 Baubeginne und mehr als 20 Richtfeste angekündigt. SAGA GWG erreicht damit das im „Bündnis für das Wohnen in Hamburg“ verabredete Ziel, pro Jahr mit dem Bau von 1.000 Wohnungen zu beginnen.

Stadtentwicklungssenatorin und SAGA GWG--Aufsichtsratsvorsitzende, Jutta Blankau: „SAGA GWG nimmt damit ihre Verantwortung wahr, Wohnraum für breite Schichten der Bevölkerung zu angemessenen Preisen in lebenswerten Quartieren sicherzustellen. Gleichzeitig leistet das Unternehmen einen großen Beitrag zur Umsetzung des Wohnungsbauprogramms des Senats. Die erfolgreiche Politik des „Bündnisses für das Wohnen in Hamburg“ zeigt damit Früchte. 1.000 Baubeginne 2013 – das heißt, in einigen Monaten können die ersten Mieter in ihre neuen bezugsfertigen und bezahlbaren Wohnungen einziehen.“

Bei SAGA GWG betrug die Durchschnittsmiete für Wohnungen im Jahr 2012 5,82 Euro je Quadratmeter und Monat, wobei sie im öffentlich geförderten Bestand 5,28 Euro und im frei finanzierten Bestand 6,10 Euro betrug. Sie liegt damit sowohl unterhalb der Eingangsmiete für den öffentlich geförderten Wohnungsbau von 6,00 Euro als auch deutlich unter dem durchschnittlichen Mittelwert des Hamburger Mietenspiegels 2011 von 7,15 Euro.

Weitere Informationen entnehmen Sie bitte dem heute vorgestellten Geschäftsbericht von SAGA GWG.

Rückfragen der Medien:

Kerstin Graupner

Pressestelle der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt

Tel. 040/ 42840-2051

pressestelle@bsu.hamburg.de

17. Juni 2013/bwf17

Neues Forschungsgebäude des Center for Free-Electron Laser Science (CFEL) eingeweiht

Kooperation von DESY, Universität Hamburg und Max-Planck-Gesellschaft unterstreicht Hamburgs Spitzenstellung als internationales Zentrum für Strukturforschung

Heute, am 17. Juni 2013, ist auf dem Campus Bahrenfeld das neue Forschungsgebäude für das Center for Free-Electron Laser Science (CFEL) eingeweiht worden. CFEL ist eine Kooperation des Deutschen Elektronen-Synchrotrons DESY, der Universität Hamburg und der Max-Planck-Gesellschaft. Die Partner vereinen in CFEL ihre universitäre und außeruniversitäre Expertise, um strukturelle Änderungen unter anderem von Atomen, Molekülen und kondensierter Materie zu erforschen. Mit der Investition in das rund 50 Millionen Euro teure Forschungsgebäude treibt der Hamburger Senat seine Politik voran, die Spitzenstellung Hamburgs und der Metropolregion internationales Zentrum für Strukturforschung auszubauen.

Die Freie und Hansestadt Hamburg und die Bundesrepublik Deutschland haben nach den Plänen der Architekten [hammeskrause](#) im Nord-Osten des Campus Bahrenfeld ein Forschungsgebäude verwirklicht, das die Bedürfnisse von Forschungsgruppen der Biologie, Biochemie, Chemie und Physik vereint. Ein durch futuristische Kuppeln mit Tageslicht durchfluteter Innenraum, wellenartig fließende Wandelemente, variable Büros und genügend Raum für Kommunikation werden die internationale Spitzenforschung bei CFEL künftig weiter beflügeln. Das Gebäude hat rund 50 Millionen Euro einschließlich der Erweiterung der zentralen Standortwerkstatt gekostet. Hiervon hat der Bund im Rahmen der Förderung von Forschungsbauten 13,7 Millionen Euro finanziert.

„Mit den Investitionen in CFEL treibt der Hamburger Senat seine Politik voran, die Spitzenstellung Hamburgs und der Metropolregion als internationales Zentrum für Strukturforschung weiter auszubauen. Ich freue daher mich sehr, dass wir heute dieses europaweit einmalige Kompetenzzentrum für die Forschung mit und an Lichtquellen der nächsten Generation einweihen können“, so Wissenschaftssenatorin **Dr. Dorothee Stapelfeldt**. „Das CFEL und seine Strahlkraft werden dazu beitragen, künftig noch mehr herausragende Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus aller Welt für den Forschungsstandort Hamburg gewinnen zu können. Mein Dank gilt dem Engagement aller Partner dieses Projekts.“

„DESY bietet mit seinen Spitzenlichtquellen FLASH und PETRA III schon heute einzigartige Möglichkeiten zur Erforschung des Nanokosmos. Die neuen Freie-Elektronen-Laser wie eben FLASH oder der Europäische Röntgenlaser European XFEL, den wir zurzeit mit elf internationalen Partnern bauen, werden bislang unerreichte Einblicke in neue Materialien, Krankheitserreger, Biomoleküle und

chemische Reaktionen ermöglichen“, sagt der Vorsitzende des DESY-Direktoriums **Prof. Dr. Helmut Dosch**. „DESY ist ein Pionier dieser Technologie, und mit dem Center for Free-Electron Laser Science haben wir gemeinsam mit der Universität Hamburg und der Max-Planck-Gesellschaft erfolgreich unsere Initiative umgesetzt, die Weltelite dieses Fachgebiets auf dem Campus in Bahrenfeld zu versammeln.“

„Das CFEL bietet Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern die Möglichkeit, in interdisziplinären Teams zu arbeiten und so herausragende Forschungsergebnisse zu erzielen, die später z.B. bei der Entwicklung neuer Medikamente oder als Basiswissen für die IT und Elektrotechnik Anwendung finden. Die Universität kann hier als Partner ihre verschiedenen Forschungsrichtungen der Physik an der Universität einbringen, z.B. Detektorentwicklung, Laserphysik, Physik ultrakurzer Röntgenpulse sowie Röntgenspektroskopie und Dynamik“, betont der Präsident der Universität Hamburg **Prof. Dr. Dieter Lenzen** hervor. „Mein Dank geht an alle Beteiligten, die dieses Projekt gemeinsam ins Leben gerufen haben. Mit dem CFEL ist ein einzigartiger Ort der Vernetzung als eine Keimzelle der Spitzenforschung im Bereich der dynamischen Prozesse in allen Bereichen der Materie entstanden.“

„Die Photonenquellen wie das Synchrotron PETRA III oder Freie Elektronen Laser, die in Hamburg bereits vorhanden sind beziehungsweise entstehen, ermöglichen tiefe Einblicke in den Mikrokosmos von Zellen, Molekülen und sogar interstellaren Wolken und tragen dazu bei, deren strukturelle Geheimnisse zu lüften“ sagt **Prof. Dr. Martin Stratmann**, Vizepräsident der Max-Planck-Gesellschaft. „Zu diesem Zweck bündelt das *Center for Free Electron Laser Science* die Kräfte von drei hervorragenden Partnern: der Universität Hamburg, dem Helmholtz-Forschungszentrum DESY und der Max-Planck-Gesellschaft. Nur in einer solchen langfristig angelegten Kooperation lassen sich international wegweisende Großprojekte wie der European XFEL realisieren. Der Neubau, in dem nun die Forscher aller drei Institutionen Platz finden, wird diese Zusammenarbeit erleichtern und vertiefen.“

Hintergrund CFEL:

CFEL ist eine Kooperation von DESY, der Universität Hamburg und der Max-Planck-Gesellschaft, die gegründet wurde, um die Möglichkeiten der bei DESY vorhandenen Strahlungsquellen der neuesten Generation, wie PETRA III und FLASH und künftig European XFEL, interdisziplinär voll auszuschöpfen. Die drei Partner vereinen in dem CFEL-Gebäude eine europaweit einzigartige Strategie: Experten diverser Fachdisziplinen arbeiten mit unterschiedlichen Forschungswerkzeugen, um ultraschnelle Nano-Vorgänge aus mehreren Blickwinkeln zu beobachten. Sie nutzen extrem kurze Röntgenblitze aus Röntgenlasern, optische Laser oder modernste Elektronen- und Rastertunnelmikroskope. Gleichzeitig entwickeln die Forscher ihre Forschungswerkzeuge aktiv weiter und erbringen damit einen fundamentalen Beitrag, um die dynamischen Prozesse in allen Bereichen der Materie weiter zu erforschen. Die CFEL-Forscher durchleuchten mit hochintensiven Blitzen von Röntgenlasern Zellen, Viren, Eiweiße und Nanoteilchen, um ihre Struktur zu entschlüsseln und so neues Grundlagenwissen für die Entwicklung künftiger Medikamente zu entwickeln. Sie untersuchen ultraschnelle Prozesse, die sich in Festkörpern abspielen, die als Basiswissen für Informationstechnologie und Energietechnik dienen können, machen mit „molekularen Filmen“ sichtbar, wie eine chemische Reaktion abläuft und wie die einzelnen Reaktionspartner miteinander agieren.

Hintergrund Strukturforschung in Hamburg:

Das CFEL fügt sich in die Politik des Senats ein, Hamburg Position als internationales Zentrum für die Strukturforschung weiter auszubauen. Zu Anfang dieses Jahres ist in Hamburg das neue **Max-Planck-Institut für Struktur und Dynamik der Materie (MPISD)** gegründet worden. Das Institut ist aus der erfolgreichen Arbeit des CFEL hervorgegangen und soll die Forschung mit Synchrotronstrahlung sowie mit Freie-Elektronen Lasern weiter voranbringen. In der vorvergangenen Woche wurden die Tiefbauarbeiten für den **Europäischen Röntgenlaser European XFEL** abgeschlossen. Der European XFEL soll vom Jahr 2016 an intensive Röntgenblitze erzeugen, mit denen Forscher etwa die atomare Struktur von Krankheitserregern, Biomolekülen, neuen Werkstoffen und zahlreichen anderen Materialien erkunden sowie chemische Reaktionen filmen können. Im Exzellenzcluster **Hamburg Centre for Ultrafast Imaging – CUI** für physikalische Strukturforschung forschen Hamburger Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler der Universität Hamburg, des DESY, der Max-Planck Gesellschaft, des CFEL, des European XFEL sowie weiterer Einrichtungen gemeinsam. Das CUI wird seit 1. November 2012 durch die Exzellenzinitiative von Bund und Ländern gefördert. Die Brücke zwischen Strukturbiologie und Systembiologie schlägt das **Centre for Structural Systems Biology (CSSB)**. Auf dem Forschungscampus Bahrenfeld entsteht derzeit dieses interdisziplinäre Zentrum mit Partnern verschiedener Universitäten und Forschungseinrichtungen aus Hamburg und Niedersachsen. Dort werden Biologen, Chemiker, Mediziner, Physiker und Ingenieure die Wechselwirkung von Krankheitserregern mit ihren Wirten untersuchen.

Weitergehende Informationen zu CFEL finden Sie unter www.cfel.de

Rückfragen:

Freie und Hansestadt Hamburg
Behörde für Wissenschaft und Forschung
Pressesprecher
Dr. Alexander von Vogel
Tel: 040/42863-2322
E-Mail: alexander.vonvogel@bwf.hamburg.de

18. Juni 2013/bwf18

Reform des Hochschulgesetzes

Demokratische Strukturen werden gestärkt, Verantwortlichkeiten klar zugeordnet und Entscheidungsverfahren effizient gestaltet

Der Senat hat heute den Gesetzesentwurf für eine grundlegende Reform des Hamburgischen Hochschulrechts auf den Weg gebracht. Die Neuordnung trägt der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts Rechnung und schafft einen rechtlichen Rahmen für die Hochschulen, der die Wissenschaftsfreiheit gewährleistet, demokratische Teilhabe ermöglicht und effizientes Handeln sicherstellt. Der Gesetzesentwurf wird nun den Hochschulen, Gewerkschaften, Berufsverbänden sowie anschließend dem Landespersonalausschuss zur Stellungnahme übermittelt, um eine breite Diskussion über die Reform zu ermöglichen.

Die Novelle setzt zum einen die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts um. Das höchste deutsche Gericht hatte entschieden, dass die Novellierung des Gesetzes aus dem Jahr 2003 teilweise gegen das Grundgesetz verstieß: Unter anderem waren die damals neu geschaffenen starken Kompetenzen des Dekanats nicht durch hinreichende Partizipations- und Kontrollrechte der Fakultätsräte ausbalanciert. Der aktuelle Gesetzesentwurf trägt der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts Rechnung und dient den folgenden im Arbeitsprogramm des Senats genannten Zielen:

- Die demokratischen Strukturen werden gestärkt und die Partizipation der Hochschulmitglieder an hochschulinternen Entscheidungsprozessen wird verbessert.
- Die Verantwortlichkeiten in der Hochschule werden klar zugeordnet und die politische Verantwortung für die Hochschulen sichergestellt.
- Die Handlungsfähigkeit der Fakultäten in Lehre und Forschung wird verbessert
- Entscheidungsverfahren werden schlank und effizient gestaltet.

Wissenschaftssenatorin **Dr. Dorothee Stapelfeldt**: „Der Gesetzesentwurf stärkt die demokratischen Strukturen an den Hochschulen und optimiert Entscheidungsprozesse, indem er klare Verantwortlichkeiten zuweist und Verfahren effizient gestaltet. Die Novelle wird auch den Hochschulen zur Stellungnahme zugeleitet und im Internet veröffentlicht, um eine breite Diskussion über die Reform zu ermöglichen. Das Gesetz korrigiert rechtliche und politische Fehlentscheidungen der Vergangenheit, die die demokratischen Strukturen an den Hamburger Hochschulen geschwächt haben.“

Wesentliche Aspekte der Reform im Überblick:

Die demokratischen Strukturen an den Hochschulen werden gestärkt

Die demokratische Teilhabe der Hochschulmitglieder soll ausgebaut werden. Deren fachliche Expertise soll wieder stärker in die Entscheidungsprozesse eingebunden werden. Damit soll auch die Identifikation mit der eigenen Hochschule verbessert werden.

- Der Hochschulsenat wählt die Präsidentin bzw. den Präsidenten. Damit wird seine Rolle gestärkt. Präsidentin bzw. Präsident werden damit zukünftig nicht mehr vom Hochschulrat, sondern vom Hochschulsenat gewählt. Der Hochschulrat muss die Wahl bestätigen. Vorbereitet wird die Wahl durch eine von beiden Gremien paritätisch besetzte Findungskommission. Auch die Befugnis zur Abwahl liegt zukünftig beim Hochschulsenat, der Hochschulrat muss die Abwahl bestätigen.
- Vizepräsidentinnen und Vizepräsidenten werden auf Vorschlag der Präsidentin bzw. des Präsidenten vom Hochschulsenat gewählt.
- Der Hochschulsenat beschließt über die Struktur- und Entwicklungsplanung. Damit wird er gleichberechtigt mit dem Hochschulrat an der Struktur- und Entwicklungsplanung beteiligt. Beide Gremien müssen die entsprechenden Beschlüsse im gegenseitigen Einvernehmen fassen. Die Fakultäten sind an der Struktur- und Entwicklungsplanung zu beteiligen. Die Beteiligung erfolgt über die Dekanate, wobei die eigentlichen Stellungnahmen der Fakultäten von den Fakultätsräten verabschiedet werden.
- Auf FakultätsEbene wird vorgesehen, dass die Dekaninnen und Dekane vom Fakultätsrat gewählt werden.
- Die Verfasste Studierendenschaft soll künftig Gelegenheit erhalten, zum Entwurf des Wirtschaftsplans der Hochschule Stellung zu nehmen, damit die Belange der Studierenden auch insoweit angemessen berücksichtigt werden.

Hochschulen bekommen moderne Strukturen

Hochschulen müssen so gegliedert sein, dass ihre Struktur die Wissenschaftsfreiheit gewährleistet, demokratische Teilhabe ermöglicht und effizientes Handeln sicherstellt.

- Die Hochschulen erhalten daher die Möglichkeit, Institute zu bilden. Die Fakultäten können abschließend geregelte Kompetenzen auf die Institute übertragen, z.B. in der Studienfachberatung, der Nachwuchsförderung oder der Organisation des Lehrbetriebs. In den Instituten werden zur Verbesserung der demokratischen Partizipation nach Gruppen zusammengesetzte Selbstverwaltungsgremien gewählt.
- Es können auch fakultätsübergreifende, gemeinsame Institute gebildet werden.
- Auf zentraler Ebene soll die Leitung der Hochschule bei einer verantwortlichen Einzelperson liegen. Zu diesem Zweck wird die Verantwortung für die Leitung bei der Präsidentin bzw. dem Präsidenten konzentriert. Die bisherigen Zuständigkeiten des Präsidiums werden auf die Präsidentin bzw. den Präsidenten übertragen, die Leitungsaufgaben auf die Vizepräsidenten delegieren können.
- Die Verwaltung der Hochschule soll verantwortlich nach den Richtlinien des Präsidenten von der Kanzlerin bzw. dem Kanzler geleitet werden. Diese sind Beauftragte für den Haushalt. Die Amtszeit wird an die Regelamtszeit des Beamten auf Zeit nach dem Hamburgischen Beamtenengesetz angepasst und von sechs auf neun Jahre verlängert.

„Tenure Track“ – Attraktive Perspektiven für Nachwuchswissenschaftler

Juniorprofessorinnen und Juniorprofessoren können zukünftig ausschreibungsfrei auf eine ordentliche Professur berufen werden, wenn die Juniorprofessur mit dieser Option ausgeschrieben war und die Leistungen der Juniorprofessorin bzw. des Juniorprofessors positiv evaluiert worden sind. Damit werden Nachwuchswissenschaftlerinnen und Nachwuchswissenschaftlern attraktive Perspektiven für ihre Karriere in der Hamburger Wissenschaft eröffnet.

Beruflich Qualifizierte

Der Bildungserfolg beruflich qualifizierter Personen ohne schulische Hochschulzugangsberechtigung verwirklicht nicht nur die Ziele des lebenslangen Lernens, sondern bietet individuelle berufliche Entwicklungschancen. Verbesserungen in diesem Bereich führen damit nicht nur zu mehr Chancengleichheit. Sie sind auch geeignet, einem Fachkräftemangel wirksam zu begegnen. Es soll daher künftig gesetzliche Aufgabe der Hochschulen werden, besondere Angebote für berufliche qualifizierte Studierende ohne schulische Hochschulzugangsberechtigung zu entwickeln. Die HAW erhält die gesetzliche Aufgabe, duale Studiengänge anzubieten; andere Hochschulen können dies ebenfalls tun. Außerdem soll bei der Zulassung zu grundständigen Studiengängen eine Quote eingerichtet werden.

Berufungsverfahren erleichtern, um Profilbildung der Hochschulen zu stärken

Praxisnahe Regelungen, um herausragende Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler gewinnen und halten zu können, sind wichtige Bedingungen für den Erfolg und die strategische Entwicklung einer Hochschule. Deshalb sollen zukünftig Ausschreibungen in einzelnen Berufungsverfahren entbehrlich sein, z.B. wenn eine Person berufen werden soll, die herausragend geeignet ist und an deren Gewinnung ein besonderes Interesse der Hochschule besteht. Um die Teilhaberechte der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zu stärken, sollen die Berufungsausschüsse an der Universität und der HAW von den Fakultätsräten, an den anderen Hochschulen vom Hochschulsenat, eingesetzt werden. Die Vorschlagsliste soll dort ebenfalls beschlossen werden.

Hochschulverwaltung effizienter gestalten

In den großen Hochschulen Universität und HAW sollen Zentral- und Fakultätsverwaltung besser miteinander vernetzt werden. Die befristet gewählten Geschäftsführerpositionen in den Dekanaten werden abgeschafft und zukünftig durch Laufbahnbeamte oder Angestellte ersetzt. Die Präsidentin bzw. der Präsident schließt mit den Dekanaten Ziel- und Leistungsvereinbarungen (ZLV) ab, um die Umsetzung der zwischen der Behörde und der Hochschule vereinbarten Ziel- und Leistungsvereinbarung sicherzustellen. Die Dekanate können weitere ZLV mit ihren fakultätsinternen Gliederungen abschließen (Kaskadenmodell). Die Verwaltung der Hochschule soll verantwortlich nach den Richtlinien der Präsidentin bzw. des Präsidenten von der Kanzlerin bzw. dem Kanzler geleitet werden, deren Amtszeit an die Regelamtszeit der Beamten auf Zeit nach dem Hamburgischen Beamtengesetz angepasst und von sechs auf neun Jahre verlängert wird.

Umfassende Gleichbehandlung vorantreiben

Die Gleichstellung von Frauen und Männern in der Wissenschaft wird durch das Hochschulgesetz weiter verbessert. Deshalb wird für alle Selbstverwaltungsgremien, die Berufungsausschüsse und den Hochschulrat eine Geschlechterquote von 40% eingeführt.

Für das Präsidium und die Dekanate wird ein Mindestquorum vorgesehen.

Die Hochschulen müssen zukünftig ein diskriminierungsfreies Studien-, Lehr-, Forschungs- und Arbeitsumfeld für alle Hochschulmitglieder sicherstellen. So werden die besonderen Bedürfnisse von ausländischen Studierenden und Studierenden mit Migrationshintergrund berücksichtigt. Außerdem werden die Anforderungen des Übereinkommens über die Rechte von Menschen mit Behinderungen (UNBRK) umgesetzt.

Der Gesetzesentwurf mit Begründungen sowie eine Synopse stehen im Internet zum Download bereit unter www.hamburg.de/bwf.

Rückfragen:

Behörde für Wissenschaft und Forschung
Pressesprecher

Dr. Alexander von Vogel

Tel: 040/42863-2322

E-Mail: alexander.vonvogel@bwf.hamburg.de

18. Juni 2013/bwvi18

Vorfahrt für Hamburg – via Bus

Metrobus-Linie 5: erste Baumaßnahmen planmäßig abgeschlossen

Erste Baumaßnahmen zur Optimierung der am stärksten frequentierten Buslinie Hamburgs, der Metrobus-Linie 5 sind umgesetzt. Die Haltestelle „Staatsbibliothek“ wurde vollständig in die Grindelallee verlegt und die Kreuzung teilweise umgebaut. Alle Busse passieren diesen Bereich jetzt zügig ohne Halt an roten Ampeln.

Mit dem Neubau einer Haltestelle in der Hoheluftchaussee zwischen Martinstraße und Gärtnerstraße haben die Metrobus-Linien 5 und 20/25 nun eine gemeinsame Haltestelle. Damit ist der Umstieg für die Fahrgäste auch in Richtung Innenstadt und Altona schneller, komfortabler und sicherer geworden. Zusätzlich wurden die Ampeln im Kreuzungsbereich Hoheluftchaussee/Gärtnerstraße/Breitenfelder Straße mit der erforderlichen Technik ausgerüstet, damit Busse in Zukunft bevorzugt Grün erhalten.

Derzeit laufen noch bis Oktober 2013 die Umbauarbeiten im Verlauf der Metrobus-Linie 5 an den Kreuzungen Grindelallee/Hallerstraße/Schlump und am Siemersplatz planmäßig und bisher ohne größere Behinderungen für den Verkehr.

Weitere 12 Ampelanlagen im Verlauf der Metrobus-Linie 5 haben ebenfalls schon die technischen Voraussetzungen für die Bevorrechtigung von Bussen erhalten. Sobald alle Baumaßnahmen auf der Metrobus-Linie 5 abgeschlossen und die verbleibenden 38 Ampelanlagen mit den technischen Voraussetzungen ausgerüstet worden sind, ist die Bevorrechtigung auf der gesamten Linie möglich. Dies wird voraussichtlich Ende 2014 soweit sein.

Bis zum Frühjahr 2014 wird mit dem Umbau weiterer Kreuzungen im Verlauf der Metrobus-Linie 5 begonnen: Kollaustraße / Niendorfer Straße, Kollaustraße / Nedderfeld, Grindelallee / Sedanstraße, Lokstedter Steindamm / Troplowitzstraße. Der Umbau des Eidelstedter Platzes und am Gänsemarkt zwischen Valentinskamp und Neuer Jungfernstieg werden ebenfalls beginnen.

Auf der Metrobus-Linie 3 haben am 11.6.2013 die Bauarbeiten am Knotenpunkt Kieler Straße / Stresemannstraße begonnen und am 1.7.2013 werden die Umbauarbeiten an der Haltestelle Kressenweg folgen.

Hintergrund-Info:

Ziel des vom Senat aufgelegten Programms zur Optimierung des Bussystems ist die Schaffung zusätzlicher Fahrgastkapazitäten auf den wichtigsten Metrobuslinien Hamburgs. Durch eine konsequente Bevorrechtigung an Ampeln, Einrichtung von Bussonderspuren und den Umbau von Haltestellen werden Zuverlässigkeit, Fahrgastkapazitäten und Komfort erhöht.

Über das Programm und den aktuellen Stand zur Optimierung des Busverkehrs in Hamburg informieren

Sie sich bitte unter www.via-bus.de

Rückfragen:

Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation

Helma Krstanoski

Tel. +49 40 42841 – 1326

e-mail: pressestelle@bwvi.hamburg.de

www.hamburg.de/bwvi

18. Juni 2013/jb18

Senat beschließt gesetzliche Frauenquote für Hamburger Gremien

Künftig sollen in allen Gremien im Einflussbereich der Freien und Hansestadt Hamburg grundsätzlich mindestens 40% Männer und Frauen vertreten sein. Das sieht ein Gesetzentwurf von Justiz- und Gleichstellungssenatorin Jana Schiedek vor, den der Senat heute beschlossen hat. Damit will der Senat den Frauenanteil in Aufsichts-, Entscheidungs- und Beratungsorganen im Einflussbereich der Stadt erhöhen. In den letzten Jahren lag der Anteil weiblicher Mitglieder in den in Betracht kommenden Gremien im Durchschnitt bei lediglich etwas über 30%. Soweit es um Aufsichtsorgane öffentlicher Unternehmen geht, liegt der Anteil weiblicher Mitglieder mit ca. 25% sogar noch darunter.

Justiz- und Gleichstellungssenatorin Jana Schiedek: „Auch in Hamburg gibt es immer noch entschieden zu wenig Frauen in Aufsichts-, Entscheidungs- und Beratungsgremien. Dabei fehlt es nicht an hervorragend qualifizierten Frauen, aber sie sind in den entsprechenden Gremien nicht ausreichend repräsentiert. Nur mit einer verbindlichen Vorgabe werden alle Beteiligten gezwungen, diese Frauen endlich bewusst in den Blick zu nehmen. Mit unseren gezielten Bemühungen haben wir gerade bei den öffentlichen Unternehmen in den beiden letzten Jahren bereits einen spürbaren Anstieg des Frauenanteils erreicht. Um eine dauerhafte und nachhaltige Erhöhung des Frauenanteils zu erreichen, brauchen wir aber eine gesetzliche Quote. Mit unserem Gesetzentwurf machen wir vor, dass verbindliche Regeln machbar und praktikabel sind. In Zukunft erhalten Frauen endlich den ihnen zustehenden Platz – vom Aufsichtsrat der Hamburger Hochbahn bis zur Kunstkommission.“

In den Geltungsbereich des Gesetzes fallen alle Gremien, für die Stellen der Freien und Hansestadt Hamburg Mitglieder benennen. Dabei gilt für die von der Stadt Hamburg zu berufenden, benennenden, entsendeten oder vorgeschlagenen Mitglieder eine 40%ige Geschlechterquote. In Kleingremien ist die Besetzung aus rechnerischen Gründen nach Köpfen geregelt. Soweit andere Stellen Mitglieder benennen, ist die Stadt verpflichtet, auf eine gleichberechtigte Besetzung des Gremiums hinzuwirken und dafür entsprechend zu werben. Ausnahmen von den Vorgaben zur Besetzung sind nur bei Vorliegen eines wichtigen Grundes möglich. Für derzeit nicht geschlechtergerecht besetzte Gremien gilt die Pflicht zur Quotierung bei der Benennung neuer Mitglieder. Alle vier Jahre, erstmals zwei Jahre nach Inkrafttreten des Gesetzes, muss der Senat einen Bericht zur Verteilung der Geschlechter in den Gremien vorlegen. In dem Bericht sind auch etwaige Ausnahmen von der geschlechtergerechten Besetzung zu begründen.

Der Gesetzentwurf ist Teil der Bemühungen des Hamburger Senats, die gerechte Teilhabe von Männern und Frauen in allen Lebensbereichen zu verwirklichen. Dazu gehören auch Initiativen für eine spürbare Erhöhung des Frauenanteils in Führungspositionen. Bereits im September vergangenen Jahres hatte der Bundesrat auf Initiative Hamburgs einen Gesetzentwurf beschlossen, der eine Geschlechterquote für Aufsichtsräte börsennotierter und mitbestimmter Unternehmen

vorsah. Trotz parteiübergreifender Unterstützung scheiterte der Entwurf im Deutschen Bundestag im Frühjahr an den Stimmen der Regierungskoalition. Im März dieses Jahres hat der Hamburger Senat außerdem ein umfassendes Gleichstellungspolitisches Rahmenprogramm beschlossen.

Rückfragen:

Dr. Thomas Baehr

Behörde für Justiz und Gleichstellung, Pressestelle

Tel. 040 42843 3143, Mobil: 0172 4327953, Fax: 040 427943 258

E-Mail: pressestelle@justiz.hamburg.de

21.06.2013/fb21

Garantierhöhung für die HSH Nordbank – Hamburg und Kiel begrüßen EU-Entscheidung

Die EU-Kommission hat heute die von den Ländern beantragte Wiedererhöhung der Sunrise-Garantie für die HSH Nordbank vorläufig genehmigt. Dazu erklärten die schleswig-holsteinische Finanzministerin Monika Heinold und Hamburgs Finanzsenator Dr. Peter Tschentscher:

„Wir begrüßen die Entscheidung der EU-Kommission. Sie ermöglicht es, die von den Ländern vorbereitete Wiedererhöhung der Sunrise-Garantie auf die ursprüngliche Höhe von 10 Mrd. Euro durch eine Anpassung des Garantievertrags zwischen der HSH Nordbank und der hsh finanzfonds AöR jetzt unmittelbar umzusetzen. Die damit verbundene Stärkung der Kapitalquoten gibt der HSH Nordbank die erforderliche Zeit und Sicherheit, ihre Restrukturierung und die Umsetzung des neuen Geschäftsmodells als Bank für Unternehmer erfolgreich fortzuführen. Dies liegt nicht nur im Vermögensinteresse der Länder, sondern auch im Interesse der Wirtschaft von Hamburg, Schleswig-Holstein und der gesamten norddeutschen Region. Die vorläufige Genehmigung der Garantierhöhung wurde in den vergangenen Monaten mit Vertretern der EU-Kommission und des Bundesfinanzministeriums intensiv und vertrauensvoll vorbereitet. Das Finanzministerium Schleswig-Holsteins und die Hamburger Finanzbehörde werden das weitere Verfahren konstruktiv begleiten.“

Rückfragen:

Pressestelle der Finanzbehörde, Daniel Stricker

Telefon (040) 428 23 - 1662, Telefax (040) 4279 23 - 556

E-Mail: daniel.stricker@fb.hamburg.de

17.6.2013/kb17

Erfolgreiche Kooperationen zwischen Hamburg und Kopenhagen im kulturellen Bereich

Kultursenatorin Prof. Barbara Kisseler trifft Kulturbürgermeisterin Pia Allerslev in Kopenhagen

2012 sind Hamburg und Kopenhagen eine Vereinbarung zur kulturellen Zusammenarbeit eingegangen. Eine Vielzahl von gemeinsamen Projekten wurde schon erfolgreich durchgeführt und wird in Zukunft noch ausgerichtet. Dazu treffen sich Hamburgs Kultursenatorin und die Kulturbürgermeisterin Kopenhagens.

Sowohl Hamburg als auch Kopenhagen sind Hafenstädte, die einer starken Entwicklung unterliegen. Die Städte ähneln sich in vielen Punkten, sind aber auch unterschiedlich und können so viel voneinander lernen. Viele Kultureinrichtungen und Festivals wie ‚Copenhagen Pride‘ und ‚Hamburg Pride‘ oder auch das ‚Copenhagen Jazz Festival‘ und ‚Elbjazz‘ arbeiteten bereits erfolgreich zusammen. In diesem Jahr wird noch das Projekt „City Link“ verwirklicht, eine Plattform auf der Künstler und Kreative beider Städte Ideen für kreative Stadtteile mit Wohnungen und Arbeitsmöglichkeiten für Künstler austauschen. Die Kooperationen führen u.a. zu einer höheren internationalen Präsenz und der Entstehung eines bereichsübergreifenden Netzwerkes. Gleiches gilt für die Austauschprogramme zwischen der Hamburger ‚Hip Hop Academy‘ und dem ‚Uppercut Danseteater‘ der neuen Tanzkapelle im Kopenhagener Bezirk Nordvest.

Kultursenatorin Prof. Barbara Kisseler: „Die Kultur bildet im übertragenen Sinne eine Brücke zwischen Hamburg und Kopenhagen. Die Zusammenarbeit der beiden Städte ist äußerst bereichernd. Zukünftig wird Kopenhagen mit der Fehmarn-Belt-Querung noch näher an Hamburg heranreichen, was zu neuen Kooperations-Möglichkeiten führen wird, sowohl aus dänischer als auch aus deutscher Sicht.“

Durch die Zusammenarbeit werden die jeweiligen Potenziale der Städte genutzt, was wiederum neue Möglichkeiten im kulturellen Bereich eröffnet. Für Unternehmen der Kreativwirtschaft und Unternehmensgründer werden die Städte attraktiver. Die erfolgreiche kulturelle Zusammenarbeit ist ein gutes Beispiel dafür, wie aus einer Vision Realität wird.

Rückfragen der Medien:

Enno Isermann; Pressestelle der Kulturbehörde
Tel.: 040 / 428 24 – 207; E-Mail: Enno.Isermann@kb.hamburg.de

18.06.2013/kb18

Erste Vergabe von Fördermitteln aus dem Elbkulturfonds 2013

Sieben Projekte von Künstlern der Freien Szene werden gefördert

Die Kulturbehörde hat in diesem Jahr erstmalig Fördermittel aus dem Elbkulturfonds vergeben. Der Elbkulturfonds mit einem Fördervolumen von 500.000 Euro wird aus Einnahmen der Kultur- und Tourismustaxe finanziert. Mit den Mitteln werden Projekte von Künstlerinnen und Künstlern der Freien Szene unterstützt, die überregionale Strahlkraft entfalten.

Von Ende März bis zum 13. Mai 2013 waren 55 Anträge mit einem Antragsvolumen von 3,8 Millionen Euro eingegangen. Die mehrheitlich von Hamburger Künstlerinnen und Künstlern der Freien Szene eingereichten Anträge kommen aus den Sparten Tanz, freies Theater, multimediale Installation, Performance, bildende Kunst, aktuelle Musik und Literatur - viele der Projektanträge waren spartenübergreifend.

Die unabhängige Jury wählte sieben Projekte aus, die teilweise noch in diesem Jahr realisiert werden. Der Jury war es ein wichtiges Anliegen, mit der ersten Entscheidung über Fördermittel aus dem Elbkulturfonds das Profil des Fonds zu schärfen: Der Elbkulturfonds soll innovative und mutige Konzepte fördern, die einen hohen künstlerischen oder soziokulturellen Anspruch haben.

Kultursenatorin Prof. Barbara Kisseler: „Das Antragsvolumen von 3,8 Millionen Euro unterstreicht den strukturellen Förderbedarf der Freien Szene, dem wir mit dem Elbkulturfonds begegnen wollen. Deshalb ist es mein Ziel, dass wir den Elbkulturfonds als langfristiges Förderinstrumentarium etablieren können. Vorbehaltlich der Zustimmung durch die relevanten Gremien, werden wir den Elbkulturfonds auch für 2014 ausloben.“

Matthias von Hartz, Jurymitglied: „Für die Freie Szene in Hamburg ist der Elbkulturfonds ein wichtiges Signal – das zeigen auch die zahlreichen hervorragenden Anträge der Künstlerinnen und Künstler. Wir hätten gern noch mehr Projekte zur Förderung ausgewählt und würden uns wünschen, zukünftig auch größere Projekte ermöglichen zu können.“

Rückfragen der Medien:

Enno Isermann; Pressestelle der Kulturbehörde
Tel.: 040 / 428 24 – 207; E-Mail: Enno.Isermann@kb.hamburg.de

Folgende Projekte werden aus Mitteln des Elbkulturfonds gefördert:

„**Planet Hamam - Das osmonische Reich**“ (Installation; interkulturelle, spartenübergreifende Veranstaltungen)

Antragsteller: Jens Dietrich

„**Bekanntmachung der Idee der Freien Flusszone**“ (Kunst im öffentlichen Raum)

Antragsteller: Galerie für Landschaftskunst e.V.

Flora-Stadttheater/ Bühnenbild (Kunst im öffentlichen Raum)

Antragsteller: Christoph Faulhaber

„**SPURENSUCHE – Alles nur erfunden!**“ (Kinder- und Jugendtheaterfestival)

Antragsteller: Fundus Theater

„**fabrica**“ (Bildende Kunst, Design)

Antragsteller: Fab Lab Fabulous St. Pauli e.V.

„**Kein-Höllisch-Platz**“ (Stadtteiltheater)

Antragsteller: GWA St. Pauli e.V.

„**Krass Festival**“ (spartenübergreifendes Festival)

Antragsteller: Branko Simic

20.06.2013/kb20

St. Pauli Theater erhält Pegasus Preis 2013

ExxonMobil verleiht Pegasus Preis für „The King`s Speech“

Die Kulturbehörde gratuliert dem St. Pauli Theater herzlich zur diesjährigen Auszeichnung mit dem Pegasus-Preis von ExxonMobil. Das Theater hat den Preis insbesondere für die Aufführung „The King`s Speech“ von David Seidler, in der Regie von Michael Bogdanov erhalten. Der mit 35.000 Euro dotierte Preis wird jährlich von der ExxonMobil Central Europe Holding GmbH vergeben.

Kultursenatorin Prof. Barbara Kisseler: „Der Pegasus Preis wird erstmalig und aus meiner Sicht absolut verdient auf dem Kiez an das St. Pauli Theater vergeben. Das St. Pauli Theater schafft seit Jahren erfolgreich den schwierigen Spagat zwischen guter Unterhaltung und anspruchsvollem Schauspiel – etwas, das an diesem Ort nicht immer einfach zu gestalten ist. Mit ‚The King`s Speech‘ ist hier eine wunderbare Inszenierung gelungen, die äußerst gelungen Unterhaltung mit Anspruch verbindet und das Publikum von Anfang an fesselt. Ich danke ExxonMobil für den im Bereich der Privattheater einzigartigen und wichtigen Preis und der sachkundigen Jury für ihre Entscheidung.“

Seit 1999 vergibt ExxonMobil den Pegasus Preis jährlich an ein Hamburger Privattheater für die vorangegangene Spielzeit oder vorangegangene besonders bemerkenswerte Inszenierungen. Preiswürdig sind insbesondere Theater, die im Spannungsfeld zwischen wirtschaftlichen Zwängen einerseits sowie künstlerischer Qualität und Risikobereitschaft andererseits Herausragendes leisten.

Mit dem Preisgeld soll eine besondere Inszenierung finanziert werden, die in der darauffolgenden Spielzeit aufgeführt wird und sonst so nicht möglich gewesen wäre.

Rückfragen der Medien:

Enno Isermann

Pressestelle der Kulturbehörde

Tel.: 040 / 428 24 – 207

E-Mail: enno.isermann@kb.hamburg.de

20. Juni 2013/iba20

Stadt neu bauen – Die Metropole von morgen

EU-Kommissarin Connie Hedegaard und Bürgermeister Olaf Scholz eröffnen Fachkonferenz und Ausstellung von IBA Hamburg und HafenCity

Mit einem Senatsempfang im Rathaus haben Hamburgs Bürgermeister Olaf Scholz und EU-Kommissarin Connie Hedegaard am 20. Juni die internationale Fachkonferenz „Stadt neu bauen“ eröffnet. Auf Einladung der HafenCity und der Internationalen Bauausstellung IBA Hamburg diskutieren dann am Freitag rund 300 Architekten und Stadtplaner aus Europa, Amerika und Australien über zukunftsfähige Stadtentwicklung. Erstmals in Hamburg gezeigt wird auch die Ausstellung „Stadt neu bauen – Eine Reise in die Metropole von Morgen“.

Hamburg, 20. Juni 2013. *„Intelligenter Klimaschutz bekämpft nicht nur den Klimawandel, sondern trägt gleichzeitig auch dazu bei, unsere Wirtschaft anzukurbeln, neue Arbeitsplätze zu schaffen und das Wohlbefinden unserer Bürger zu verbessern. Um die Herausforderungen des Klimawandels in Chancen umzuwandeln, brauchen wir die aktive Unterstützung der Städte. Hamburg setzt hier Maßstäbe und wurde 2011 nicht umsonst zur Umwelthauptstadt Europas erklärt“, sagte Connie Hedegaard, EU-Kommissarin für Klimaschutz am Donnerstagabend in Ihrer Ansprache während des Senatsempfangs für die Konferenzgäste. Olaf Scholz, Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg erklärte: „Mit der HafenCity und der IBA bietet Hamburg den idealen Rahmen für eine solche Fachkonferenz. In diesem Jahr kommen Stadtplaner, Architekten und Architekturinteressierte aus der ganzen Welt in unsere Stadt, um sich über die neuesten Entwicklungen zu informieren. In Hamburg ist schon jetzt erlebbar, wie die moderne Metropole der Zukunft aussehen wird.“*

Vor dem Senatsempfang hatten die internationalen Teilnehmer bereits die beiden großen Stadtentwicklungsgebiete Hamburgs, die HafenCity und Internationale Bauausstellung IBA besichtigt. Beide Projekte stehen für die unterschiedlichen Facetten einer gemeinsamen Zukunftsaufgabe, die viele Städte bewegt: Wie können sich Metropolen im europäischen Verständnis von Urbanität weiter entwickeln und wachsen, ohne ihre Qualitäten aufzugeben? Auf diese Frage ging auch *IBA-Geschäftsführer Uli Hellweg im Rathaus ein: „Nach sieben Jahren Projektarbeit zeigt die IBA Hamburg 2013 in ihrem Präsentationsjahr Wege zur neuen Stadt auf und führt die Stadtentwicklung der Elbinseln weiter, die mit der HafenCity als ersten großen Trittstein für den Sprung über die Elbe eingeleitet wurde.“*

Jürgen Bruns-Berentelg, Vorsitzender der Geschäftsführung der HafenCity Hamburg GmbH: „Die HafenCity ist in vielerlei Hinsicht ein Modellprojekt für die Neudefinition und die Entwicklung einer europäischen Innenstadt am Wasser, insbesondere mit ihren hohen Ansprüchen an Identität, Urbanität und ökologischer Nachhaltigkeit. Wir freuen uns,

zusammen mit der IBA Hamburg zu einem intensiven Wissensaustausch mit anderen europäischen Metropolen beizutragen.“

Die Konferenz am 21.6. bietet den rund 300 Teilnehmern die Möglichkeit mit Experten aus Praxis und Wissenschaft in einen Dialog zu treten. Neben zahlreichen weiteren werden Marty Jones, Rachel Smith, Prof. Dr. Jens S. Dangschat, Prof. Iain Borden und Prof. Markus Nepl zu den Themen Smart City, Open City, Civic City und Growing City mit ihren Beiträgen Antworten auf die zukünftigen Herausforderungen der europäischen Stadt liefern.

Teil dieses internationalen Erfahrungsaustauschs ist auch die gemeinsame Wanderausstellung „Stadt neu bauen – Eine Reise in die Metropole von Morgen“ von IBA und HafenCity, die im Rahmen der Konferenz eröffnet wird. Zuvor war die Ausstellung unter anderem schon in Brüssel, Zürich, Wien und Marseille und ist nun erstmals in Hamburg zu sehen.

Herz der Ausstellung ist ein überdimensionaler Kompass, der symbolisch einen Weg in die Stadt der Zukunft weist. Statt Himmelsrichtungen zeigt er jene übergeordneten Ziele an, die es für die Metropole von Morgen zu erreichen gilt: „Growing City“, „Open City“, „Smart City“ sowie „Civic City“. Sie formen den konzeptionellen Rahmen der erläuterten Strategien und Projekte, mit denen HafenCity und IBA Hamburg den Möglichkeiten der Zukunft begegnen.

Zu sehen ist die Ausstellung von 21. Juni bis 5. Juli täglich (außer Montag) in der ON-OFF Gallery, in der HafenCity, Osakaallee 16.

Pressekontakt

HafenCity Hamburg GmbH

Leiterin Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Susanne Bühler
buehler@HafenCity.com, Tel.: 040 / 37 47 26-14

IBA-Hamburg GmbH

Stabsstelle Presse, Anna Vietinghoff
anna.vietinghoff@iba-hamburg.de Tel.: 040 / 226 227-331



Veröffentlichung: Schriftenreihe Band 7 METROPOLE: STADT NEU BAUEN

Rückschau und Ausblick der IBA Hamburg

Mit dem siebten Band der Schriftenreihe METROPOLE gibt die IBA Hamburg in ihrem Präsentationsjahr 2013 einen kommentierten Überblick über die Projekte und die drei Leitthemen „Kosmopolis“, „Metrozonen“ sowie „Stadt im Klimawandel“.

Im Zusammenhang mit dem zweitägigen Kongress „Stadt neu bauen“ stellte IBA-Geschäftsführer Uli Hellweg die druckfrische und letzte Publikation der IBA Hamburg vor.

Der Band ist eine Rückschau und wagt eine erste Reflexion des siebenjährigen Planungs- und Realisierungsprozesses. Nicht zuletzt ist METROPOLE: STADT NEU BAUEN eine Würdigung für alle diejenigen, die mitgewirkt und sich engagiert haben und so entscheidend am Gelingen der IBA Hamburg beteiligt waren. Und als Ausblick gibt die Publikation auf die Frage „Wie geht es weiter?“ bereits erste Antworten.

Ab dem 21. Juni ist das Buch im Handel und auf dem IBA DOCK zu erwerben.

iba21

Hamburg, 21. Juni 2013 – „Ein siebenjähriger Planungs- und Realisierungsprozess liegt nun hinter uns, in dem wir viele Entwicklungen, Erfahrungen und Ergebnisse für die Stadtteile Wilhelmsburg, Veddel und den Harburger Binnenhafen gewonnen haben. Die Jahre waren spannend, erfolgreich, manchmal nicht ganz leicht. Der letzte Band der IBA-Schriftenreihe METROPOLE versucht nun ein erstes Resümee zu ziehen. Zudem beschäftigt er sich mit den Fragen der Weiterführung und Weiterentwicklung: Welche Impulse hat die IBA gesetzt? Können die Projekte sich etablieren oder scheitern sie? Sind die Lösungen auf die Fragen der dringendsten Herausforderungen der Städte die richtigen? Das wird sich erst zeigen. Denn IBAs sind zwar temporär, aber wie jede andere IBA hinterlässt auch die IBA Hamburg viele Projekte, die weit über ihren eigentlichen Zeitraum hinaus bestehen. Um diese Nachhaltigkeit zu gewährleisten, bedarf es nach wie vor Beteiligungsformate und Netzwerke, die die lokalen und gesamtstädtischen, individuellen und gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Interessen vertreten,“ sagte **IBA-Geschäftsführer Uli Hellweg**.

Die Hamburger Elbinseln sind auf gutem Weg, Vorbild für nachhaltige, zukunftsorientierte Innenentwicklung zu werden. Der Band zeigt im Leitthema „Metrozonen“ die strategischen Ansätze und Projekte, bei denen innerstädtische Peripherien für neues urbanes Leben nutzbar gemacht werden. Die vorgestellten Projekte des Leitthemas „Stadt im Klimawandel“ reichen vom „Klimaschutzkonzept Erneuerbares Wilhelmsburg“ über die Transformation einer ehemaligen Giftmülldeponie zum „Energieberg“ bis hin zur denkmalschutzgerechten, energetischen Sanierung eines 20er-Jahre-Klinkerwohnblocks. Das Leitthema „Kosmopolis“ gibt mit den neu entstandenen Bildungsbauten und -Netzwerken, den vielfältigen Formen des Wohnungsbaus, den kulturellen Projekten und nicht zuletzt den Initiativen zur Stärkung lokaler Ökonomien Impulse, wie das Zusammenleben einer internationalen Stadtgesellschaft gelingen kann.

Die Zukunft der Stadt im 21. Jahrhundert gestalten: Dieser Aufgabe stellt sich die Internationale Bauausstellung IBA Hamburg und liefert mit ihren Projekten innovative und nachhaltige Beiträge zu

aktuellen Fragen der Metropolenentwicklung. Mit ihren baulichen, sozialen und kulturellen Projekten und Programmen zeigt die IBA Hamburg bis zum Jahr 2013 im Herzen der Hansestadt, wie eine Metropole im 21. Jahrhundert ökologisch und sozial ausbalanciert wachsen kann. Das 35 km² umfassende IBA-Projektgebiet auf den Hamburger Elbinseln Wilhelmsburg und Veddel sowie im Harburger Binnenhafen soll zu einem Vorbild für nachhaltige, zukunftsorientierte Innenentwicklung werden. Dort leben rund 55.000 Menschen aus mehr als 100 Nationen.

Mit rund 60 Projekten ging die IBA Hamburg im März 2013, dem Präsentationsjahr, an den Start. Aber die IBA Hamburg hat auch Projekte und Bauvorhaben angestoßen, die über den eigentlichen Ausstellungszeitraum herauswachsen. So gehen nach 2013 rund 400 Wohnungen in den Projekten „Maritimes Wohnen am Kaufhauskanal“ in Harburg und die „Georg-Wilhelm-Höfe“ im westlichen Wilhelmsburg im Bau. Das „Klimaschutzkonzept Erneuerbares Wilhelmsburg“ ist langfristig angelegt und braucht noch 20 bis 30 Jahre zu ihrer Umsetzung. Trotzdem sind Wilhelmsburg und die Veddel schon heute Hamburgs klimafreundlichste Stadtteile im Wohnungsbau. 2013 wird die IBA Hamburg 1733 Wohnungen im Bau oder fertig gestellt haben, davon 516 Modernisierungen. Dazu kommen mehr als 100.000 Quadratmeter Gewerbeflächen, acht Bildungseinrichtungen, zwei Seniorenwohn- und Pflegeheime, drei Kindertagesstätten, vier Sporteinrichtungen, ein Gewerbehof, ein Zentrum für Künstler und Kreative, die Verlängerung des Aßmannkanals und mehr als 70 Hektar Grünflächen. Das von der IBA angestoßene private Investitionsvolumen beträgt mehr als 700 Millionen Euro; dazu wurden zahlreiche öffentliche Investitionen von 300 Millionen Euro ausgelöst. Der IBA selbst standen ursprünglich 100 Millionen Euro zur Verfügung, die im Jahre 2011 auf 90 Millionen gekürzt wurden. Zusätzlich hat die IBA Hamburg rund 30 Millionen an weiteren, ursprünglich nicht eingeplanten Haushalts- und Programmmitteln der EU, des Bundes und der Freien und Hansestadt akquiriert. Die Entwicklung der Metrozone Wilhelmsburg setzte Potenziale der Stadtentwicklung frei; insbesondere für den in Hamburg dringend benötigten Wohnungsbau. Internationale Bauausstellungen sind Stadtlabore. Niemand kann sich sicher sein, ob alle Projekte gelingen werden und zukunftssicher sind. Die abschließenden Ergebnisse wird erst die Praxis zeigen, wenn die Hamburger Elbinseln in den Alltag zurückgekehrt ist.

Für Rückfragen wenden Sie sich bitte an:

IBA Hamburg GmbH, Rainer Müller, Leiter Stabsstelle Presse, rainer.mueller@iba-hamburg.de Tel.: 040 / 226 227 335, oder an Anna Vietinghoff, Stabsstelle Presse, anna.vietinghoff@iba-hamburg.de, Tel: 040 / 226 227 – 331 oder an presse@iba-hamburg.de

Folgen Sie der IBA Hamburg auch auf Twitter: twitter.com/iba_hamburg

Möchten Sie den IBA-Newsletter abonnieren? www.iba-hamburg.de/newsletter

Terminkalender

Vom 24. Juni bis 30. Juni 2013

Die Hinweise dienen nur zur Information; sie gelten nicht als Einladung. Auskünfte über Fototermine und Möglichkeiten der Berichterstattung, die im Rathaus stattfinden, werden unter der Rufnummer 428 31 - 2182 erteilt.

Montag, den 24.06.2013

- 11:00** Erdgasspeicher Reitbrook, Allermöher Deich 449
Bürgermeister Olaf Scholz spricht anlässlich des **Spatenstichs zum Bau der Power-to-Gas-Anlage der E.ON Hanse AG** ein Grußwort.
- 11:30** Rathaus, Bürgermeisteramtszimmer
Staatsrat Wolfgang Schmidt trifft den **Konsul von Japan, Yasushi Fukagawa**, zum Gespräch.
- 17:30** AOK Bundesverband, Rosenthaler Str. 31, 10178 Berlin
Senatorin Cornelia Prüfer-Storcks nimmt an einer **Podiumsdiskussion zum Thema „Von der Mengen- zur Qualitätsorientierung“** teil.
- 18:00** Marriott Hotel, ABC-Straße 52
Senator Michael Neumann spricht beim Empfang anlässlich des **Nationalfeiertages der Republik Kroatien** ein Grußwort.
- 20:00** Deutsche Bundesbank, Willy –Brandt- Str. 73
Senator Dr. Peter Tschentscher spricht anlässlich eines **Abendessens zu Ehren des norwegischen Finanzministers Sigbjørn Johnsen** ein Grußwort.

Dienstag, den 25.06.2013

- 12:00** Rathaus, Bürgermeisteramtszimmer/ Bürgermeistersaal
Bürgermeister Olaf Scholz empfängt den **Finanzminister Norwegens, Sigbjørn Johnson**, zum Gespräch und zur **Eintragung in das Goldene Buch** der Stadt.

Senator Dr. Peter Tschentscher und Staatsrat Wolfgang Schmidt nehmen teil.
- 13:30** Gelände der Landesbereitschaftspolizei, Bruno-Georges-Platz 2
Staatsrat Volker Schiek nimmt an der **Scheckübergabe anlässlich des Kinder Hit-Tages der Polizei Hamburg** teil.
- 16:15** BASE_camp Berlin, Mittelstraße 51, 53, Berlin
Bürgermeister Olaf Scholz stellt den **medienpolitischen Sammelband „Medien, Netz und Öffentlichkeit“** vor.
- 18:30** Handelskammer Hamburg, Börsensaal
Senatorin Dr. Dorothee Stapelfeldt spricht anlässlich der **Jahrestagung des Helmholtz-Zentrums für Material- und Küstenforschung Geesthacht** ein Grußwort
- 19:30** Restaurant Lutter & Wegner, Große Elbstraße 49
Senatorin Dr. Dorothee Stapelfeldt spricht anlässlich eines **Empfangs des Honorarkonsuls der Republik Slowenien, Prof. Dr. Jan Philipp Reemtsma**, ein Grußwort.

Senatorin Prof. Barbara Kisseler nimmt teil.

Mittwoch, den 26.06.2013

Ganztägig

Inselhotel Hermannswerder, Potsdam
Senatorin Cornelia Prüfer-Storcks nimmt vom 26.06. – 27.06.2013 an der **Gesundheitsministerkonferenz** teil.

08:00

Landesvertretung Hamburg in Berlin
Senator Frank Horch nimmt teil an einem **Parlamentarischen Frühstück zum Thema LNG und Energieanlagen der Zukunft**.

09:30

Bundesrat, Berlin
Bürgermeister Olaf Scholz nimmt an einer **Sondersitzung des Bundesrates** teil.

12:30

Rathaus, Bürgermeistersaal
Staatsrat Dr. Bernd Egert spricht beim Senatsempfang anlässlich des **Besuchs des Segelschulschiffes "Shabab Oman"**.

14:30

Staatskanzlei Mainz, Stresemannsaal, Peter-Altmeier-Allee 2, 55116 Mainz
Staatsrat Dr. Ralf Kleindiek nimmt auf Einladung von Ministerin Raab an der **Inputveranstaltung zum Thema Transparenzgesetz** teil.

17:00

Business Club Hamburg, Villa im Heine-Park, Elbchaussee 43
Staatsrat Dr. Bernd Egert spricht ein Grußwort anlässlich der „**Länderveranstaltung Türkei**“.

19:30

Winterhuder Fährhaus, Hudtwalckerstr. 13
Senatorin Prof. Barbara Kisseler besucht eine Vorstellung von „**Sechs Tanzstunden in sechs Stunden**“.

Donnerstag, den 27.06.2013

09:00

Handelskammer Hamburg, Adolphsplatz 1
Bürgermeisterin Dr. Dorothee Stapelfeldt spricht anlässlich des **Treffens einer französischen Delegation der Recteurs d'Académie und der Kultusminister der Länder** ein Grußwort.

10:00

Ellington Hotel Berlin, Nürnberger Straße 50 – 55, Berlin
Bürgermeister Olaf Scholz spricht im Rahmen des **8. DEMO-Kommunalkongresses „Kommunale Lebenswelten gestalten“** ein Grußwort.

11:00

Verlagsgebäude Tagesspiegel, Askanischer Platz 3, Berlin
Bürgermeister Olaf Scholz spricht im Rahmen des **eMobility Summit des Tagesspiegel** ein Grußwort.

12:00

Berlin, Landesvertretung Hamburg, Jägerstraße 1-3
Staatsrat Dr. Bernd Egert spricht ein Grußwort anlässlich der „**Hamburg-Green Capital of Aviation**“.

14:00

Rathaus, Raum I
Staatsrat Wolfgang Schmidt begrüßt junge **Journalistinnen und Journalisten aus China**, die im Rahmen des Programms „Medienbotschafter China-Deutschland“ der Robert Bosch Stiftung in Zusammenarbeit mit der Universität Hamburg im Juni und August 2013 Deutschland besuchen.

16:00

Hamburg, Lessingstr. 10

Staatsrat Wolfgang Schmidt spricht ein Grußwort anlässlich des **Abschiedsfests der Generalkonsulin der Republik Finnland, Erja Hannele Tikka.**

Senatorin Dr. Dorothee Stapelfeldt und Staatsrat Dr. Ralf Kleindiek nehmen teil.

Freitag, den 28.06.2013

Ganztägig Berlin, Bundesrat, Leipziger Straße 3-4
Staatsrat Dr. Horst-Michael Pelikahn nimmt an der gemeinsamen **Wissenschaftskonferenz der Länder** teil.

19:30 Staatsoper, Große Theaterstr. 25
Senatorin Prof. Barbara Kisseler besucht eine Vorstellung von **John Neumeiers „Shakespeare Dances – Die ganze Welt ist Bühne“.**

20:00 CU Arena, Am Johannisland 2-4
Senator Michael Neumann besucht das **Match Deutschland-Israel des Vier-Nationen-Turniers der European League im Frauen-Volleyball.**

Samstag, den 29.06.2013

09:00 Helmut-Schmidt-Universität, Holstenhofweg 85
Bürgermeister Olaf Scholz spricht anlässlich **der Feierlichkeiten zum 10-jährigen Jubiläum der Helmut Schmidt Universität** ein Grußwort.

Sonntag, den 30.06.2013

11:00 Museumsdorf Volksdorf, Im Alten Dorfe 46-48
Bürgermeisterin Dr. Dorothee Stapelfeldt spricht zum **50-jährigen Bestehen des Museumsdorfes Volksdorf** ein Grußwort.